

DIE VOLKSGRUPPE

Viktor Krieger

Verweigerung, Protest und Widerstand der Russlanddeutschen im Sowjetstaat (Teil 8)

Innere Entfremdung vom Sowjetstaat: die Emigrationsbewegung

Fortsetzung von VadW 2-5, 7, 10-11/2007

Umstände der Entstehung des Emigrationsproblems

Die Auswanderung stellte in der Geschichte der russlanddeutschen Minderheit stets ein bewährtes Mittel dar, den als unzumutbar und bedrückend empfundenen sozioökonomischen oder politischen Bedingungen des Heimatlandes zu entkommen. Wenn in der Zeit vor 1914 wirtschaftliche und in geringerem Maße auch religiöse Faktoren (zum Beispiel bei den Mennoniten) ausschlaggebend waren, so verlagerte sich nach der bolschewistischen Machergreifung die Motivation zur Auswanderung auf den politisch-gesellschaftlichen Bereich. Nicht mehr Landknappheit oder die Aussicht auf ein höheres Lebensniveau veranlassten Zehntausende, ins Ausland zu gehen, sondern die von den neuen Machthabern ausgehenden Verfolgungen und Diskriminierungen, die weit verbreitete Rechtlosigkeit und die ruinöse Kollektivierung.

Bemerkenswert blieb dabei die Geographie der Zielländer: Bis Ende der 1920er Jahre zog es das Gros der Emigranten in die Neue Welt. In den USA, in Kanada, aber auch in lateinamerikanischen Staaten hofften die zumeist bäuerlichen Ausreisewilligen, ihre traditionelle Lebensweise erhalten und weiterpflegen zu können.

Ganz anders verlief die Nachkriegsentwicklung: Hauptziel war (West) Deutschland geworden. Zum einen hing das damit zusammen, dass als Ergebnis der bolschewistischen Enteignungen und Deportationen aus dem früher selbständigen deutschen Bauern oder Handwerker ein regelrechter Proletarier entstanden war und die wirtschaftliche Dynamik des jungen westdeutschen Staates attraktive Möglichkeiten für lohnabhängige Beschäftigungen bot. Zum anderen akzeptierten die Sowjetbehörden bei den Russlanddeutschen lediglich die Familienzusammenführung als Auswanderungsgrund. Die Ausreise durfte nur zu einer Person ersten Verwandtschaftsgrades

(Eltern, Geschwister, Kinder) beantragt werden. Seit Mitte der 1950er Jahre gab es solche Verwandten fast ausschließlich nur in der Bundesrepublik.

In erster Linie handelte es sich um sog. Administrativ-Umsiedler und ihre Nachkommen. 1941 geriet etwa ein Viertel der Sowjetbürger deutscher Herkunft unter reichsdeutsche und rumänische Besatzung. In den Jahren 1943-44 flüchteten etwa 340.000 Schwarzmeerdeutsche – einige wurden unter Zwang "evakuiert" – und wurden im Warthegau oder im Altreich angesiedelt. Nach Kriegsende hat die sowjetische Administration teils unter Androhung von Gewalt, teils unter falschen Versprechungen etwa 210.000 dieser Deutschen zwangsrepatriiert. Die Bundesregierung erkannte im Februar 1955 solche Einbürgerungen aus der Kriegszeit an und schuf damit die Möglichkeit einer Übersiedlung nach Westdeutschland.

Selbstverständlich hätte diese Tatsache wenig Auswirkungen gehabt, wenn sich die Sowjetführung ernsthaft um die

Gleichstellung bzw. -berechtigung dieser Menschen in der Nachkriegsgesellschaft gekümmert hätte, anstatt sie nach Sibirien und Zentralasien zu verbannen, jahrzehntelang zu schikanieren, als Landesverräter zu brandmarken und geheimpolizeilich observieren zu lassen. Allein im Gebiet Nowosibirsk wurden von den beinahe 12.000 Repatrianten 7.818 intensiven Verhören ausgesetzt und 1.007 von ihnen wegen des Verdachts einer aktiven Zusammenarbeit mit dem Feind unter "operative Kontrolle" gestellt. In den Verbannungsorten "verschwägerten" sich diese potentiellen deutschen Staatsbürger mit anderen Gruppen der Russlanddeutschen, so dass sich der Kreis der Rückkehrberechtigten im Laufe der Zeit stark vergrößerte.

Die kommunistischen Machthaber, die großen Wert auf außenpolitische Geltung legten und eine welthistorische Überlegenheit der neuen gesellschaftlichen Ordnung proklamierten, betrachteten das Auswanderungsbegehren von Anfang an als eine besonders schwerwiegende anti-



Propagandistische Broschüren gegen Emigranten, die 1981 und 1989 (!) in Kasachstan und Krigisen gedruckt wurden. Die russischsprachige Broschüre aus Bischkek trägt den Titel "Der fremde Himmel macht nicht warm".

sowjetische Tat. Der hartnäckige Wunsch einer einfachen Melkerin oder eines Schweißers, den ersten sozialistischen "Arbeiter-und-Bauern-Staat" der Erde in Richtung der "kapitalistischen und revanchistischen" Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, besaß in den Augen der Moskauer Zentrale und der Führung der einzelnen Republiken wesentlich mehr politischen Sprengstoff für das bestehende System als ein vergleichbares Begehren intellektueller Dissidenten in den Großstädten.

Kampf um die Ausreise

Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik und begrenzter Zulassung des Schriftverkehrs mit dem Ausland sammelten sich in der Deutschen Botschaft bis 1957 Anträge von über 100.000 Ausreisewilligen. Bis Ende der sechziger Jahre konnten allerdings nur wenige Tausende das Land verlassen.

Erst das endgültige Scheitern der Bemühungen um die Wiederherstellung der autonomen Republik und der 1970 unterzeichnete deutsch-sowjetische Vertrag, einhergehend mit einer begrenzten Zulassung der Familienzusammenführung, gaben der Auswanderungsbewegung zusätzlichen Auftrieb. Vor allem in Kirgisien und Tadschikistan sowie in den südlichen kasachischen Gebieten Alma-Ata, Dschambul, Taldy-Kurgan und Tschimkent, ferner in Karaganda und Aktjubinsk war die "Emigrationsstimmung", wie es im Propaganda-Russisch hieß, stark verbreitet. Hier konzentrierten sich die Repatrianten, ihre Verwandten und Nachkommen neben anderen regionalen und konfessionellen Gruppen der deutschen Minderheit wie den Kaukasussschwaben oder Mennoniten, die ebenfalls mehrheitlich nach Deutschland strebten. Die Aussicht auf einen leichteren Behördenweg in der Auswanderungssache ließ nennenswerte deutsche Gemeinden in Estland, Lettland, Moldawien und anderen Gegenden entstehen.

Um die Ausreisegenehmigung zu erzwingen, setzten die Betroffenen alle Hebel in Bewegung: Es wurden schriftliche Eingaben und Kollektivbriefe an die Partei und Regierungsorgane verfasst, Petitionen und Appelle an ausländische Staats- und Regierungschefs, an westliche Massenmedien und internationale Organisationen wie die UNO verschickt, Unterschriftensammlungen der Deutschen Botschaft und dem Deutschen Roten Kreuz überreicht. Ihr Anliegen trugen die Ausreisewilligen in persönlichen Vorsprachen bei unterschiedlichen Regierungs-



Andrej Sacharow (1978)

stellen sowohl in Moskau als auch in den Republikmetropolen Almaty, Frunse (Bischkek), Tallinn oder Duschanbe vor. Um sich vor den Verfolgungen besser zu schützen, sich bei den Behörden das nötige Gehör zu verschaffen und größeren Druck ausüben zu können, gründeten die Deutschen in den 1970er Jahren verschiedene Komitees und Vereinigungen. In vielen Großstädten waren Demonstrationen und öffentlicher Protest an der Tagesordnung: Die Bilder der am 31. März 1980 auf dem Roten Platz in Moskau protestierenden Ausreisewilligen gingen um die Welt.

Schließlich durften in den Jahren 1970 bis 1979 56.213 Personen in die Bundesrepublik auswandern; danach drosselte die Sowjetregierung den Auswanderungsstrom drastisch, so dass es bis 1986 nur noch 16.371 Deutschen gelang, das Land zu verlassen. In den gleichen Zeiträumen ließ man 5.747 bzw. 5.057 Personen in die DDR ziehen.

Auf der Höhe der Auswanderungswelle sah sich die Kremlführung genötigt, einige Schritte zur Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit zu unternehmen. In einer Denkschrift vom August 1978 schlug der damalige KGB-Chef Juri Andropow neben anderen hochrangigen Partei- und Staatsfunktionären vor, eine deutsche territoriale Autonomie zu gründen, um die "ungesunden Emigrations- und nationalistischen Stimmungen zu bekämpfen". Allerdings zeigten die ausgebliebenen Reaktionen auf die ethnischen Unruhen im Juni 1979 in Nordkasachstan, wo das deutsche Gebiet errichtet werden sollte, dass sich die Staatsmacht nie ernsthaft um eine wirkliche Gleichstellung der Russlanddeutschen bemühte.

DIE VOLKSGRUPPE

Für ihren Freiheitsdrang zahlten die Deutschen einen hohen Preis: Laut der Gefangenenlisten, die Eduard Deibert zusammengestellt hat, wurden unvollständigen Angaben zufolge ab 1972 insgesamt 89 Personen strafrechtlich belangt und abgeurteilt; davon landeten zwei in einer psychiatrischen Anstalt, ein Ausreisewilliger wurde ermordet, und ein weiterer verstarb im Straflager. Tausende Aktivisten mussten häusliche Durchsuchungen, ständige Observierung, physische und psychische Einschüchterungen, üble Pressekampagnen, Berufs- und Studiumsverbote, "prophylaktisches" Einwirken der KGB-Organen, der Staatsanwaltschaft und der aufgehetzten Arbeitskollegen über sich ergehen lassen.

Sowjetische Menschenrechtsbewegung und die deutschen Ausreisewilligen

Ein konsequenter Verfechter der Bürgerrechte der bedrängten Deutschen war der herausragende Wissenschaftler, Menschenrechtler und Nobelpreisträger Andrej Sacharow. In mehreren Eingaben an sowjetische Behörden und in Appellen an ausländische Regierungen und internationale Organisationen wies er auf die außerordentlich missliche Lage der deutschen Minderheit in der UdSSR hin.

Für ihn stand fest: "Die deutsche Emigration basiert auf dem natürlichen Wunsch der Menschen, in das Land ihrer Vorfahren überzusiedeln und an ihrer Kultur, Sprache, den wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften teilzuhaben. Nicht minder natürlich ist der Wunsch, ein solches Land zu verlassen, in dem ihr Volk ungeheuerlichen Repressalien - faktisch einem Genozid - ausgesetzt war, wo sie bis heute diskriminiert, im Bildungsbereich und in der Berufswahl eingeschränkt werden. Hunderttausende Deutsche starben in den Lagern und den Reservationen [d.h. Sondersiedlungen], bis heute dürfen sie nicht an ihre ehemaligen Wohnorte zurückkehren, immer noch gibt es unter ihnen fast keine Personen mit akademischer Bildung, noch heute kann ein deutsches Schulkind von seinen Schulkameraden, die zur Genüge Kriegsfilm zu sehen bekommen, als Faschist diffamiert werden."

Langjährige freundschaftliche Kontakte pflegte Sacharow mit Friedrich Ruppel, dem er in seinen Erinnerungen einige Seiten widmete. Auch das schwere Schicksal einzelner Familien wie die von Peter Bergmann aus Estland oder Johann Wagner aus Moldawien ließ ihn nicht gleichgültig.

DIE VOLKSGRUPPE

Die Bemühungen russischer Dissidenten, die auf die massiven Diskriminierungen ihrer deutschen Landsleute verwiesen, fanden damals – genau wie heutzutage – wenig Gehör bei bundesdeutschen Intellektuellen. Während des ersten Treffens mit Heinrich Böll im Februar 1975 schnitt Sacharow die russlanddeutsche Problematik an und übte scharfe Kritik an den in seinen Augen ungenügenden Bemühungen und der fehlenden Aufmerksamkeit seitens der westdeutschen Regierung, der Presse und insgesamt der Gesellschaft gegenüber ihren fernen Landsleuten aus der Sowjetunion. Wie könne man sich nur derart gefühllos verhalten angesichts solch tragischer Schicksale, der unmenschlichen Absagen und fortdauernden Verfolgungen der Ausreisewilligen? Dagegen sprach Böll bezeichnenderweise über zahlreiche Anpassungsprobleme der Übersiedler, über ihr Gefühl des Verlorenseins u.ä.m.

Auch Sacharows Ehefrau Jelena Bonner setzte sich, neben anderen Mitgliedern der Moskauer Helsinki-Gruppe, besonders in den Jahren 1976 bis 1982 wiederholt für die Belange der ausreisewilligen Deutschen ein. Das mutige Auftreten der russischen Dissidenten fand seine ehrenvolle Fortsetzung in der Tätigkeit der Menschenrechtsorganisation "Memorial", die viel zur gesellschaftlichen und vor allem moralischen Rehabilitierung der deutschen Minderheit in den Ländern der ehemaligen UdSSR beigetragen hat.

Wiedersehen in Bonn

Am 5. Juni 1967, vor gut 40 Jahren also, war unser letzter Schultag in der Mittelschule N 30 in Balchasch, Kasachstan.

50 Prozent der Schüler der Abschlussklasse waren Deutsche, denn nach Aufhebung der Sonderkommandantur in Sibirien waren viele Deutsche nach Balchasch gekommen.

Jetzt sind wir in Deutschland und konnten im Sommer in Bonn den 40. Jahrestag unseres Schulabschlusses feiern. Unsere Wiedersehensfreude war groß; Erinnerungen wurden ausgetauscht, es gab viel über die Zeit nach der Schule zu erzählen. Wir weinten, lachten, sangen und schauten bis in die Nacht hinein Fotos an.

Leider konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht alle bei dem Treffen dabei sein, und einige sind schon verstorben. Gemeinsam haben wir auch an sie gedacht.

**In Namen der Schüler:
Melitta Ridinger, geb. Eckmann**

Suchanzeigen

Alexander Gottfriedt sucht seinen Cousin Iwan **Gottfriedt**, geb. 1930 in Kano an der Wolga, wo er bis 1941 lebte. Letzter Wohnsitz: Kemerowsk (Angerka). Mitteilungen unter Tel. 05126-800437.

Martha Pracht, Ostertagstr. 39. 71229 Leonberg, Tel.: 07152-927137, sucht Theobald **Rüb**, geb. 1922 in Kassel, Odessa.

Karl Gillich, 72202 Nagold, Steinbergstr. 8, Tel.: 07452-816272, sucht Wladimir **Lang** und dessen Frau Anna. In den 80er Jahren lebte er mit den beiden im Rayonzentrum Rasdolnoje auf der Krim.

Karolina Dosch, Tel.: 07427-1897, sucht Lena (Helena) **Winge**, geb. Schuh, geb. 1953. Sie wohnte in Duschanbe, Tadschikistan, und arbeitete in Kursawod.



1964, Alma-Ata, Institut für Fremdsprachen in der Komsomolskaja-Straße: Wer sich auf dem Bild erkennt, wird gebeten, sich bei Hilde Jesser, geb. Kussmaul, Tel.: 02635-923687, zu melden.



Rudolf Maurer, Seelbergstr. 3, 97072 Würzburg, bittet alle, die sich auf diesem Klassenbild des Fremdspracheninstituts in Alma-Ata, Kasachstan, Jahrgang 1966, wieder erkennen, sich bei ihm zu melden.